



EU/EP: Schiffsrecycling

Straßburg, 18.04.2013

PRESSEMITTEILUNG

Jutta HAUG und Matthias GROOTE: "Volle Fahrt voraus in Richtung sicheres Schiffsrecycling"

Das Europäische Parlament hat den katastrophalen Zuständen der Schiffsverschrottung, die oft an südostasiatischen Stränden ohne jegliche Sicherheits- oder Umweltstandards stattfindet, eine Absage erteilt. Die Europaabgeordneten positionierten sich am Donnerstag in Straßburg zu einer entsprechenden Verordnung über das Recycling von Schiffen.

"Es ist unhaltbar, dass wir vom internationalen Seeverkehr und von großen Containerschiffen als Garant für zuverlässigen Gütertransport profitieren, aber die Augen verschließen, sobald diese Schiffe nicht mehr seetauglich sind", so die SPD-Europaabgeordneten **Jutta HAUG** und **Matthias GROOTE**, Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

"Mit der Neuregelung des Schiffsrecyclings soll künftig insbesondere die gängige Praxis des *Beachings* verhindert werden, bei der ein Schiff so nah an die Küste heran gefahren wird, dass es aufläuft", erklärt **Matthias GROOTE**. "Am Strand wird das Schiff von den Arbeitern oft mit einfachstem Werkzeug und unter hoher Gefahr für die Gesundheit zerlegt. Giftige Rückstände von den Schiffen wie etwa Öl, Blei oder Asbest bleiben häufig vollständig am Strand zurück."

Auf internationaler Ebene wurde zwar bereits 2009 das Hongkong Übereinkommen zum sicheren und umweltverträglichen Recycling von Schiffen verabschiedet, mit einem Inkrafttreten ist jedoch nicht vor 2020 zu rechnen. "Die komplexe Rechtslage auf internationalem Gewässer und die gängige Praxis des Umflaggens, um auch am Lebensende eines Schiffes noch den größtmöglichen Gewinn zu erzielen, machen die Durchsetzung angemessener Standards so schwierig. Es darf nicht mehr rentabel sein, Arbeiter in Indien, Bangladesch oder Pakistan so offensichtlichen Gefahren auszusetzen und die Meeres- und Küstenwelt zu zerstören! Eine kluge Regelung muss daher an den finanziellen Anreizen ansetzen", so **Jutta HAUG**.

Zusätzlich zu dem von der Kommission vorgeschlagenen Zertifizierungs- und Zulassungssystem für Abwrackwerften sowie verstärkten Sanktionen, hatte der Umweltausschuss daher die Einrichtung eines speziellen Finanzmechanismus vorgeschlagen: Kostennachteile der Abwrackwerften, die geltende Umwelt- und Gesundheitsschutzbestimmungen respektieren, sollten über eine geringe Recyclinggebühr für EU-Seehäfen anlaufende Schiffe ausgeglichen werden. **Matthias GROOTE** und **Jutta HAUG** kritisieren, dass die konservative Fraktion diese Idee blockiert hat: "Offensichtlich wollen die konservativen Abgeordneten nur halbherzig Verantwortung für die skandalöse Praxis der Schiffsabwrackung übernehmen. Damit haben wir eine entscheidende Gelegenheit verpasst."

Hintergrund: Nie zuvor wurden so viele europäische Schiffe in Südostasien abgewrackt wie im vergangenen Jahr. Schätzungen zufolge werden derzeit etwa 90 Prozent der EU-beflaggten Schiffe illegal außerhalb der EU recycelt, vor allem in Ländern wie Indien, Bangladesch oder Pakistan, unter katastrophalen Umwelt- und Arbeitsschutzbedingungen.

Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.:+32 228 37595